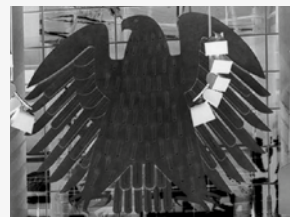


# Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft

## Versuch einer Bilanz

Am 4. März 2010 wurde durch einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages eine Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft eingesetzt. In gut zweieinhalb Jahren hatte sie ein umfangreiches Programm zu bewältigen: In 12 Projektgruppen wurden Themen bearbeitet, von denen jedes Einzelne allein eine Enquête-Kommission hätte beschäftigen können. Das Resultat ist schon einmal vom Umfang her beeindruckend: ein Zwischenbericht zum Sachstand, 12 thematische Zwischenberichte und ein Schlussbericht mit insgesamt rund 2.000 Seiten wurden erstellt. Darin wurden detaillierte Bestandsaufnahmen und eine Reihe von Handlungsempfehlungen erarbeitet.



Wie üblich bestand die Enquête-Kommission je zur Hälfte aus Abgeordneten des Bundestages und zur Hälfte aus Sachverständigen, die von den Fraktionen benannt wurden. Damit bildeten 17 Parlamentarierinnen und Parlamentarier und 17 Sachverständige die Kommission. Bemerkenswert war diesmal vielleicht, dass eine Reihe profilierter Vertreterinnen und Vertreter der „Netzgemeinde“ in die Kommission berufen wurden. Neu auch, dass vergleichsweise weitgehende Ansätze der Bürgerbeteiligung ausprobiert wurden – vom „18. Sachverständigen“ war dabei die Rede. So wurden Foren eingerichtet, die Nutzung von *Adhocracy* möglich gemacht und Sitzungen, in größerem Umfang als sonst üblich, als Livestream und herunterladbar ins Internet gestellt.

In der FfF-Kommunikation 2/2010 haben wir im Rahmen eines Schwerpunkts *Politik im Netz – Politik für das Netz* Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen eingeladen, ihre Ziele für die Enquête-Kommission kurz darzustellen. In gleicher Weise wollen wir nun Bilanz ziehen: Wir haben den Vorsitzenden der Enquête-Kommission, Axel E. Fischer, und die Obleute aller Fraktionen gebeten, die Bilanz ihrer Arbeit aus ihrer Sicht darzustellen. Eingeladen haben wir:

- Axel E. Fischer, CDU, Vorsitzender der Enquête-Kommission,
- Jens Koeppen, Obmann der CDU/CSU-Fraktion,
- Lars Klingbeil, Obmann der SPD-Fraktion,
- Jimmy Schulz, Obmann der FDP-Fraktion,
- Halina Wawzyniak, Obfrau der Fraktion Die Linke,
- Konstantin von Notz, Obmann der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir haben dabei vorab einige Fragen übermittelt; die Beiträge setzen aber durchaus individuelle Schwerpunkte:

- Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ergebnisse der Enquête-Kommission?
- Bei welchen Themen und Ergebnissen haben Sie sich mehr erwartet? In welcher Hinsicht?
- Welche Themen haben Ihnen gefehlt?
- Einige Themen in der Enquête-Kommission wurden kontrovers diskutiert, z.B. Netzneutralität, Urheberrecht, Datenschutz. Haben die Diskussionen in der Enquête-Kommission Ihre Sicht auf die Themen beeinflusst? In welcher Weise?

- Wie werden die Ergebnisse die künftige Netzpolitik Ihrer Fraktion beeinflussen?
- Die Enquête-Kommission hat bei ihrer Arbeit neue Wege bei der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger („18. Sachverständiger“) beschritten. Hat sich das aus Ihrer Sicht bewährt? Können Sie sich solche Verfahren auch für andere Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestags vorstellen? Für welche Bereiche würden sie Ihnen als geeignet erscheinen, für welche vielleicht weniger? Welche weiteren Formen der Beteiligung der Zivilgesellschaft können Sie sich für die Zukunft vorstellen?
- Die Enquête-Kommission empfiehlt, einen ständigen Ausschuss zum Thema Internet und digitale Gesellschaft einzurichten. Was erwarten Sie sich von diesem Ausschuss? Welche Themen sollte er als Erstes behandeln?

Neben den Beiträgen aus den Fraktionen gibt es in diesem Schwerpunkt drei weitere Einschätzungen: *Monika Ermert* wirft als Journalistin einen Blick von außen auf die Arbeit der Enquête-Kommission. *Annette Mühlberg* und *Alvar Freude* waren als Sachverständige dort Mitglieder.

Allen Autorinnen und Autoren dieses Schwerpunkts danken wir sehr herzlich für ihre Beiträge.

Eins haben Diskussionen und Ergebnisse sicherlich gezeigt: Die „richtige“ Netzpolitik, den *One best way* gibt es nicht – auch wenn das von manchen erwartet wird. Es wird wie auf fast jedem Politikfeld unterschiedliche Schwerpunkte und Ansichten geben, abhängig von den eigenen Wertvorstellungen. Auch Differenzen zwischen den Fraktionen haben sich an vielen Stellen gezeigt, am deutlichsten wohl im Abstimmungsverhalten zu einer Reihe von Themen und in den vielen Sondervoten, die in den Berichten enthalten sind.

Die Debatte wird weitergehen – und das ist zu begrüßen: Gemäß der Empfehlung der Enquête-Kommission wird es wohl einen ständigen Ausschuss für Netzpolitik im Bundestag geben. Gut so – das Thema ist viel zu wichtig, um es nach Abschluss der Enquête Kommission wieder zu vernachlässigen.

Schwerpunktredaktion: Stefan Hügel

